



Niederschrift

über die Sitzung
des Schulträgersausschusses
am 09.11.2016

Petra Henkel
Ulf Cöster
Joachim Becker
Haiko Manz
Andrea Reith

- Schriftführung

Carina Oster

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Johannes Klomann, MdL

Thomas Neger

Heinz-Werner Stumpf

Karin Trautwein

Vertretung durch Herrn Hafner

Christian Viering

Johannes Walter

Vertretung durch Herrn Dorn

Cornelia Willius-Senzer, MdL

- Stimmberechtigte Mitglieder der Institutionen

Germar Friedrich

Thomas Harrlandt

Klaus Heck

Ludwig Julius

Vertretung durch Frau Schneider-Stransky

Sabine Maskow

Armin Mößmer

Gerhard Reuther

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Besichtigung des Schulstandortes IGS Anna Seghers Mainz (ca. 16.30 bis 17.00 Uhr)
2. „Die Realschulen plus machen sich auf den Weg“ (mündlicher Vortrag von Herrn Frühholz)
3. Armut in Mainz - Schwerpunkt Kinderarmut und Präventionsansätze (mündlicher Vortrag von Herrn Quick)
4. Mitteilungen
5. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 07.09.2016

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Im Anschluss daran stellt der Vorsitzende die Gäste der Ausschusssitzung vor:

- Für den TOP 1 „Besichtigung des Schulstandortes IGS Anna Seghers Mainz“ ist der Schulleiter, Herr Schäfer, anwesend.
- Für den TOP 3 „Armut in Mainz - Schwerpunkt Kinderarmut und Präventionsansätze“ ist Herr Quick vom Amt für soziale Leistungen im Ausschuss vertreten.

Herr Schäfer und Herr Quick sind Sachverständige gemäß § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 Besichtigung des Schulstandortes IGS Anna Seghers Mainz (ca. 16.30 bis 17.00 Uhr)

Herr Schäfer stellt den Schulstandort IGS Anna Seghers vor und informiert über die beiden ersten Bauabschnitte.

Punkt 2 „Die Realschulen plus machen sich auf den Weg“ (mündlicher Vortrag von Herrn Frühholz)

Herr Merkator teilt mit, dass aufgrund der Schülerzahlen alle Realschulen plus benötigt werden. Um sie weiter zu stärken, sollen sie die Gelegenheit bekommen, sich im Schulträgerausschuss vorzustellen.

Herr Frühholz erklärt, dass Herr Baglan in Vertretung von Herrn Weidinger, Herr Betz, Frau Lau und er selbst die Schulform Realschule plus stärken wollen. In der Woche ab dem 23.01.2017 soll es deshalb in Zusammenarbeit mit der Bildungsministerin, Frau Dr. Hubig, und dem Ausbildungsleiter von Schott eine besondere Woche geben, in der sich die Realschulen plus an unterschiedlichen Tagen mit ihren jeweiligen Schwerpunkten (z. B. Wahlpflichtfächer, MINT) vor Ort präsentieren werden.

Nächste Woche soll im Rahmen eines Informationsnachmittags an den Grundschulen sensibel dafür gemacht werden, wie man die Schulform gegenüber den Eltern anders präsentieren und dafür werben kann.

Herr Frühholz berichtet, dass die Klassen an den Realschulen plus voll sind und dass nicht mehr alle Schüler von den Gymnasien aufgenommen werden können. Der Zweitwunsch der Eltern fällt dann weg. Bis zum 21. November wird ein Konzept bezüglich der Realschulen plus bei Herrn Petry abgegeben werden. Wenn das Konzept fertig ist, ist Herr Frühholz bereit, darüber im Schulträgerausschuss zu berichten.

Herr Baglan erläutert, dass die Realschulen plus bereits nachweislich qualitative Arbeit leisten und sich die Beteiligten durch die prominente Unterstützung einen größeren Zulauf erhoffen.

Frau Zimmer berichtet, dass es heißt, dass es nicht erheblich ist, auf welcher Schulform in der 5. Klasse begonnen wird und erkundigt sich danach, ob diese Aussage richtig ist. Herr Frühholz teilt mit, dass die Durchlässigkeit nach oben und nach unten gegeben ist. Es macht seiner Meinung nach aber sehr wohl einen Unterschied, an welcher Schule (Realschule plus oder Gymnasium) die Schullaufbahn begonnen wird. Es können Kinder auf der Realschule plus die Note 1 bekommen und trotzdem am Gymnasium nicht bestehen, da es z. B. Unterschiede zwischen den beiden Schulformen im Unterrichten (Fördern und Fordern, Unterstützen an den Realschulen plus und selbständiges Lernen an den Gymnasien) gibt.

Herr Solbach betont, dass alle Realschulen plus in Mainz unverzichtbar sind. Sie sind ein wichtiger Baustein, auf den nicht verzichtet werden kann. Daher darf keine der bestehenden Realschulen plus zu einem Gymnasium oder einer IGS umgebaut werden.

Herr Merkator schließt damit, dass es im Januar weitere Informationen zum Konzept geben wird.

Punkt 3 **Armut in Mainz - Schwerpunkt Kinderarmut und Präventionsansätze (mündlicher Vortrag von Herrn Quick)**

Herr Quick stellt den Bericht zur Armut in Mainz mit einer Power-Point-Präsentation, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist, vor.

Frau Pufal-Muth erläutert, dass die Volkshochschulen seit einiger Zeit Deutsch für ausländische Mitbürger anbieten und erkundigt sich danach, ob die Stadt Mainz dabei auch beteiligt ist. Herr Quick antwortet, dass es bereits eine grundsätzliche Zusammenarbeit mit der Volkshochschule gibt, diese aber noch verbessert werden muss. Nach Frau Moseler trauen sich viele Bürger nicht, solche Kurse zu besuchen. Herr Quick informiert darüber, dass Elterncafés eine Möglichkeit sind, um gemeinsam die Sprache zu praktizieren.

Punkt 4 **Mitteilungen**

Zum Thema Schulentwicklungsplan berichtet Herr Merkator Folgendes:

- die in Mainz steigenden Schülerzahlen sind inzwischen allseits bekannt
- es wird beim Land sowohl ein Antrag auf ein weiteres Gymnasium als auch auf eine weitere IGS gestellt werden
- Gymnasium:
 - es wird ein weiteres G 9-Gymnasium (das 7. staatliche Gymnasium) beantragt werden, mit mindestens 4 Zügen, aber ungedeckelter Zügigkeit
 - mögliche Standortvarianten werden durch die Verwaltung untersucht und müssen vor abschließender Festlegung mit der Aufsichtsbehörde u. a. hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit abgestimmt werden

IGS:

- es wird eine 4. IGS (4-zügig) für Mainz beantragt werden
- problematisch wird in jedem Fall die Erreichung der notwendigen 30%-Quote bei den Anmeldungen sein
- mögliche Standortvarianten werden durch die Verwaltung untersucht und müssen vor abschließender Festlegung mit der Aufsichtsbehörde u. a. hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit abgestimmt werden
- Realschulen plus:
 - Die drei Realschulen plus, für die die Stadt Mainz Schulträger ist, sollen in jedem Fall bestehen bleiben
- BBS II:
 - angesichts der steigenden Schülerzahlen in den Grundschulen der Neustadt muss die BBS II sowohl in der Goetheschule als auch in der Feldbergschule Räume frei machen
 - Ziel ist die Zusammenfassung der BBS II an einem Standort, um die Dislozierung der Schule aufzuheben
 - mögliche Standortvarianten werden durch die Verwaltung untersucht und müssen vor abschließender Festlegung mit der Aufsichtsbehörde u. a. hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit abgestimmt werden
- Der Zeitplan sieht wie folgt aus:
 - Stadtvorstand: 10.01.2017
 - Schulträgerausschuss: 25.01.2017
 - Stadtrat: 08.02.2017
- Zu einem späteren Zeitpunkt wird es noch einen Sachstandsbericht über die Situation bei den Grundschulen geben

Herr Konrad erkundigte sich im letzten Schulträgerausschuss unter Punkt 5 „Neubau Sporthalle Carl-Zuckmayer-Schulzentrum Lerchenberg“ danach, ob es für die Münchfeldschule auch eine mobile Halle als Interimslösung für die Zeit der Sanierung der Turnhalle Münchfeldschule geben wird. Die GWM teilte mit dem Schreiben vom 24.10.2016 mit, dass die Stellung einer mobilen Halle aus finanziellen Gründen nicht möglich ist. Der Sportunterricht wurde nach Rücksprache mit der Schulleiterin, Frau Josten, in die kleine eigene Gymnastikhalle verlegt bzw. auf Sport im Freien sowie zusätzlichen Schwimmunterricht umgestellt.

Bezüglich des Zeitungsartikels zum Thema Schulsozialarbeit im Zusammenhang mit der Windmühlenschule, der am 09.11.2016 erschienen ist, berichtet Herr Merkator, dass sich alle Beteiligten mehr Schulsozialarbeit wünschen. Hierfür müssen die Mittel erhöht oder umverteilt werden. Die Schulsozialarbeit muss vom Land mitfinanziert werden. 2012 wurde das Thema Schulsozialarbeit an Grundschulen mit der Windmühlenschule geprüft. Es wurde im Einvernehmen mit der Schulleitung das Projekt „Trainingsraum“ im Schuljahr 2012/13 mit 10.000 € gefördert.

Frau Moseler erkundigt sich nach dem Sachstand bezüglich der Verlegung des Eingangs der Eisgrubschule. Frau Henkel teilt diesbezüglich mit, dass der Eingang nach den Weihnachtsferien, zum 09.01.2017, vom Eisgrubweg in die Große Weißgasse offiziell verlegt wird. Der Termin musste aufgrund eines Wasserschadens verschoben werden.

Der Schulträgerausschuss findet im Jahr 2017 an folgenden Terminen statt:

- 25.01.2017
- 26.04.2017
- 06.09.2017
- 09.11.2017

Punkt 5 Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 07.09.2016

Herr Drebes merkt zum Punkt 6 der Niederschrift über die Sitzung vom 07.09.2016 an, dass er überrascht ist, dass die von dem Flüchtlingswohnheim bebaute Fläche bei der Berechnung der Flächenmesszahl berücksichtigt wurde. Herr Merkator antwortet darauf, dass die Fläche gewidmete Schulfläche ist und nur vorübergehend anders genutzt wird. Die GWM hat vorgerechnet, dass die Zahlen ausreichen. Herr Drebes entgegnet, dass es keine Absichten gibt, zeitnah das Wohnheim zurückzubauen. Herr Merkator teilt mit, dass ein Vertrag für fünf Jahre abgeschlossen wurde. Die Flüchtlingszahlen haben sich inzwischen stark beruhigt. Es wird daher bereits überlegt, welche Unterkünfte mit dem Bezug des Allianzhauses aufgegeben werden können. Der 3. Bauabschnitt am Gymnasium Oberstadt wird durch die vorübergehende Nutzung nicht tangiert werden.

Frau Lau erkundigt sich nach dem Sachstand bezüglich der Sanierung der KKR. Frau Henkel informiert darüber, dass das Ergebnis Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vorliegt, welches noch mit der ADD abgestimmt werden muss. Ein entsprechender Termin findet noch dieses Jahr statt.

Frau Zimmer teilt mit, dass sie auch Mitglied im Werksausschuss der GWM ist und dass sie feststellen kann, dass die Umsetzung der Beschlüsse, die im Schulträgerausschuss gefasst wurden, dauert. Die Gründe hierfür sind bekannt. Sie schlägt vor, Druck auszuüben, damit sich etwas ändert. Beispielsweise könnte es eine gemeinsame Sitzung des Werksausschusses und des Schulträgerausschusses geben, damit die Projekte besprochen werden können. Herr Merkator teilt mit, dass nicht allein die GWM verantwortlich dafür ist, dass sich das Verfahren verzögert. Im nächsten Ausschuss soll der Ablauf des schulbehördlichen Genehmigungsverfahrens präsentiert werden. Bei dem Bau von Kindertagesstätten gibt es ebenfalls Verzögerungen. Ein Grund hierfür ist z. B., dass Aufträge ins lokale Handwerk gehen sollen, weshalb keine Module gebaut werden können.

Die Niederschrift wird ohne Änderungswünsche und Gegenstimmen zur Kenntnis genommen.

Ende der Sitzung: 18:15 Uhr

gez. Merkator

gez. Oster

.....
Vorsitz

.....
Schriftführung